

Protokollauszug vom

19.08.2026

Departement Präsidiales:

Schweizerischer Städteverband (SSV) / Generalversammlung vom 27. August 2026 / Ermächtigung und Stimmverhalten

IDG-Status: teilweise öffentlich

Beschluss-Nr.: 2026/1021

Der Stadtrat hat beschlossen:

1. Stadtpräsident Stefan Fritschi wird beauftragt und ermächtigt, an der Generalversammlung des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) vom 27. August 2026 in Bellinzona das Stimmrecht der Stadt Winterthur folgendermassen wahrzunehmen:

Traktanden:	Stimmverhalten Stadt Winterthur
1. Protokoll GV vom 28. August 2025	Genehmigung
2. Geschäftsbericht 2025	Genehmigung
3. Rechnung und Kontrollstellenbericht 2025	Kenntnisnahme Kontrollstellenbericht / Genehmigung Rechnung
4. Mitgliederbeitrag 2027	Zustimmung
5. Wahlen Vorstand	Zustimmung
6. Bestimmung des Tagungsortes 2027	Zustimmung

2. Dieser Beschluss wird am 28. August 2026 veröffentlicht.

3. Mitteilung an: Departement Präsidiales, Amt für Stadtentwicklung, Stadtkanzlei.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtschreiber:



MOXIS

U 11

Ansgar Simon

A. Simon

Begründung:

1. Der Schweizerische Städteverband

Der Schweizerische Städteverband (SSV) setzt sich in der Politik für die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden ein. Als politische Stimme der urbanen Schweiz agiert er an der Schnittstelle zwischen Bundespolitik, Verwaltung und Öffentlichkeit und unterstützt seine Mitglieder durch Dienstleistungen, Netzwerke und fachliche Grundlagenarbeit. Der SSV wurde 1897 gegründet und vertritt derzeit 134 Städte und urbane Gemeinden, in denen rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben.

Unter dem Dach des SSV sind verschiedene Sektionen zusammengeschlossen, die sich als selbstständige Organisationen mit spezifischen Fragestellungen in ihrem Fachbereich befassen. Sie erarbeiten fachliche Grundlagen, formulieren politische Positionen und bringen sich – in Abstimmung mit dem SSV – aktiv in die politischen Prozesse ein. Die Stadt Winterthur ist sowohl auf übergeordneter Ebene als auch in mehreren Sektionen des SSV durch Mitglieder des Stadtrats vertreten.

Die diesjährige Generalversammlung des SSV findet am 27. August in Bellinzona statt. Die Stadt Winterthur wird durch Stadtpräsident Stefan Fritschi vertreten.

2. Geschäftsbericht 2025

Der Geschäftsbericht 2025 behandelt neben den politischen Schwerpunkten des Verbands die Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit, die Organisation und das Netzwerk sowie die Jahresrechnung.

Föderalismus, Gemeindeautonomie und strategische Ausrichtung

Das Berichtsjahr stand wesentlich im Zeichen des 25-jährigen Bestehens von Artikel 50 der Bundesverfassung. Dieser verpflichtet den Bund, die Auswirkungen seines Handelns auf die Gemeinden zu berücksichtigen und der besonderen Situation der Städte und Agglomerationen Rechnung zu tragen. Der Städteverband sieht weiterhin Handlungsbedarf beim systematischen Einbezug der kommunalen Ebene. Gemeinsam mit dem Schweizerischen Gemeindeverband verabschiedete er deshalb die Deklaration «Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat». Damit wird der Anspruch bekräftigt, Städte und Gemeinden als eigenständige Partnerinnen im föderalen Gefüge frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Am Städtetag 2025 in Brig-Glis wurde Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident von Aarau, zum neuen Präsidenten gewählt. Der Verband will die Anliegen der urbanen Schweiz auf Bundesebene stärker sichtbar machen. Der Städtetag mit rund 200 Teilnehmenden befasste sich zudem schwerpunktmässig mit der städtischen Alterspolitik.

Wirtschaft, Finanzen und Steuern

Beim Entlastungspaket 27 des Bundes warnte der Städteverband vor einseitigen Lastenverschiebungen vom Bund über die Kantone auf die Städte. Solche Kürzungen könnten die kommunale Planungssicherheit sowie Investitionen in Integration, Mobilität, Bildung, Umwelt und Kultur beeinträchtigen. Gefordert wird eine finanzpolitische Gesamtbetrachtung unter Einbezug aller Staatsebenen.

Die Abschaffung des Eigenmietwerts lehnte der Verband zusammen mit den Kantonen ab. Nach Annahme der Vorlage stehen insbesondere Steuerausfälle, administrativer Mehraufwand und Fragen der Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Die Individualbesteuerung wurde hingegen unterstützt, da sie eine zivilstandsunabhängige Besteuerung ermöglicht und unterschiedlichen Lebensmodellen Rechnung trägt.

Eine Studie der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren zeigt zudem, dass der demografische Wandel den Ausgabendruck bis 2060 deutlich erhöhen dürfte. Die Städte sind deshalb gefordert, Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung langfristig in einem tragfähigen Verhältnis zu halten.

Mobilität, Verkehrsinfrastruktur und kommunaler Handlungsspielraum

Die Mobilitätspolitik war insbesondere von der Diskussion um Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen geprägt. Der Städteverband wandte sich gegen zusätzliche Einschränkungen des kommunalen Handlungsspielraums. Rund 600 Stadt- und Gemeindeexekutiven unterstützten einen entsprechenden offenen Brief. Tempo 30 wird als Instrument zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, zur Lärmreduktion und zur Aufwertung des öffentlichen Raums verstanden.

Die Bevölkerungsbefragung «Mobilität in Schweizer Städten» zeigte eine grundsätzlich hohe Zufriedenheit mit der Verkehrssituation. Gleichzeitig besteht ein Bedürfnis nach mehr Raum für Fuss- und Veloverkehr, einem stärkeren öffentlichen Verkehr und zusätzlichen verkehrsfreien Räumen.

Beim Projekt «Verkehr 45» erreichte der Städteverband die Vertretung der kommunalen Ebene in der Begleitgruppe. Er verlangt jedoch eine stärkere Berücksichtigung von Netto-Null-Ziel, Flächeneffizienz und nachhaltiger Siedlungsentwicklung. Strasse, Schiene, Agglomerationsverkehr und Raumentwicklung sollen koordiniert weiterentwickelt werden.

Raumentwicklung, Wohnen und Quartiere

Die qualitätsvolle Innenentwicklung bleibt eine zentrale Aufgabe. Thematisiert wurden insbesondere Aufzonungen, Widerstände gegen Verdichtung sowie das Verhältnis zwischen Wohnschutz und Stadtentwicklung. Beim Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) anerkennt der Verband den Wert des Ortsbildschutzes, kritisiert jedoch Blockaden im Wohnungsbau durch die Direktanwendung. Die vorgeschlagene Verordnungsanpassung wird als pragmatischer Lösungsansatz beurteilt.

Die Wohnungsknappheit bleibt eine wesentliche Herausforderung. Der Verband wirkte am Aktionsplan Wohnungsknappheit sowie an Fragen zu Mietrecht, Wohnraumförderung, Wohnschutz und aktiver Bodenpolitik mit. In den Quartieren standen Teilhabe, Freiwilligenarbeit und die Nutzung von Schularealen als Quartierräume im Vordergrund.

Sozial-, Alters- und Migrationspolitik sowie Sicherheit

In der Alterspolitik setzte sich der Städteverband dafür ein, dass Menschen mit geringen finanziellen Mitteln möglichst lange selbstbestimmt wohnen können. Betreuungsleistungen im Rahmen der Ergänzungsleistungen sollen dazu beitragen, verfrühte Heimeintritte zu verhindern.

Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung unterstützte der Verband die neue Finanzierungslösung mit Betreuungszulage und Programmvereinbarungen. Kritisch beurteilt er die Situation langjährig in der Schweiz lebender Ausländerinnen und Ausländer, die aufgrund möglicher ausländerrechtlicher Folgen auf Sozialhilfe verzichten. Daraus können prekäre Situationen und zusätzliche kommunale Folgekosten entstehen.

Im Migrationsbereich beteiligte sich der Verband an der Asylstrategie 2027. Vorgesehen sind raschere Verfahren und ein gegenüber Schwankungen robusteres System. Erstmals erhielt der Städteverband zudem Einsitz in die Begleitgruppe zu den kantonalen Integrationsprogrammen. In der Sicherheits- und Sozialpolitik standen unter anderem der Umgang mit Crack und Kokain sowie Herausforderungen im öffentlichen Raum im Fokus.

Umwelt, Energie, Klima, Kultur und Bildung

Mit einem Positionspapier zur Netto-Null-Stadt formulierte der Städteverband seine Anforderungen an die künftige Klimapolitik. Die Städte benötigen zur Erreichung ihrer Klimaziele geeignete bundesrechtliche und kantonale Rahmenbedingungen sowie ausreichende Handlungsspielräume. Weitere Themen waren Trinkwasserschutz, PFAS, Phosphor-Rückgewinnung, Abfall, Verpackungen und Gasversorgung. Die sieben grössten Schweizer Städte lancierten zudem eine Charta für nachhaltige Ernährung.

Das Stromabkommen mit der EU beurteilt der Verband grundsätzlich positiv, insbesondere hinsichtlich der regulierten Grundversorgung und des Ausbaus erneuerbarer Energien. In der Kulturpolitik wirkten die Städte an der Kulturbotschaft 2025-2028 mit. Gleichzeitig warnt der Städteverband davor, dass Kürzungen des Bundes zu zusätzlichen Belastungen der Städte führen könnten, die bereits einen erheblichen Anteil der öffentlichen Kulturförderung tragen.

Digitalisierung, Europa und Medienpolitik

Der Städteverband unterstützte die Einführung der E-ID als wichtige Grundlage für die digitale Transformation der Verwaltung. Auch ein nationaler Adressdienst wird grundsätzlich befürwortet, sofern die Bedürfnisse der kommunalen Vollzugsebene berücksichtigt werden.

Das Paket Schweiz-EU wurde insgesamt positiv beurteilt. Aufgrund der Bedeutung der europäischen Beziehungen für die städtischen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturzentren verlangt der Verband jedoch eine stärkere Mitsprache der Städte bei der innerstaatlichen Umsetzung. Medienpolitisch setzt er sich für eine unabhängige und regional verankerte Medienlandschaft ein und lehnt eine deutliche Senkung der Radio- und Fernsehgebühr ab.

Interessenvertretung, Kommunikation und Verbandsorganisation

Der Städteverband pflegte die Kontakte zu Bundesrat, Bundesverwaltung und Parlament und beteiligte sich 2025 an insgesamt 57 Vernehmlassungen. Zudem veröffentlicht er vor den Sessions Empfehlungen zu Geschäften mit besonderer Bedeutung für die urbane Schweiz. Im September übernahm der Verband das Sekretariat der parlamentarischen Gruppe Städte.

Die Öffentlichkeitsarbeit umfasste acht Newsletter-Ausgaben, eine tägliche Presseschau und 24 Medienmitteilungen. Das Medienmonitoring verzeichnete über 1000 Nennungen des Städteverbands beziehungsweise der Union des villes suisses.

Auch organisatorisch kam es zu Veränderungen. Monika Litscher übernahm im März die Direktion, Michael Brändle wurde im Mai stellvertretender Direktor. Sieben Sektionen sowie zahlreiche

Kommissionen und Arbeitsgruppen tragen die fachliche Arbeit des Verbands und stellen den Erfahrungsaustausch sowie die Erarbeitung abgestimmter Positionen sicher.

Finanzielle Lage

Der Städteverband erzielte 2025 einen Gesamtertrag von rund 2,64 Mio. Franken und einen Betriebsaufwand von rund 2,65 Mio. Franken. Daraus resultierte unter Berücksichtigung des ausserordentlichen Erfolgs ein Jahresverlust von 9730 Franken, gegenüber 18 736 Franken im Vorjahr. Das Eigenkapital betrug Ende 2025 rund 1,44 Mio. Franken beziehungsweise 44 Prozent der Bilanzsumme. Die Revisionsstelle stellte keine Sachverhalte fest, die auf eine Nichtübereinstimmung der Jahresrechnung mit Gesetz oder Statuten schliessen lassen.

3. Generalversammlung des SSV vom 27. August 2026

Stimmverhalten der Stadt Winterthur:

- **Protokoll der GV vom 28. August 2025 in Brig/Glis**
- *Beantragtes Stimmverhalten Winterthur: Genehmigung*

- **Geschäftsbericht 2025 / Jahresrechnung und Kontrollstellenbericht 2025**
- *Beantragtes Stimmverhalten Winterthur: Genehmigung Geschäftsbericht / Kenntnisnahme des Kontrollstellenberichts / Genehmigung der Rechnung*

Der Jahresbericht gibt einen umfassenden Überblick über die aktuelle Organisation und die Aktivitäten des SSV im vergangenen Jahr. Die Jahresrechnung ist übersichtlich und transparent dargestellt. Gemäss Prüfungsurteil der Revisionsstelle entspricht sie Gesetz und Statuten.

- **Mitgliederbeitrag**
- *Beantragtes Stimmverhalten Winterthur: Zustimmung*

Es werden unveränderte Beiträge beantragt.

- **Wahlen Vorstand**
- *Beantragtes Stimmverhalten Winterthur: Zustimmung*

Gemäss Art. 19 der Statuten beträgt die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes drei Jahre. Die letzten Gesamterneuerungs- und Neuwahlen fanden 2025 statt. Folgende Mitglieder des Vorstandes werden an der Generalversammlung 2026 nicht mehr zur Wiederwahl antreten:

- Corine Mauch, Stadtpräsidentin, Zürich, SP, Vizepräsidentin SSV (Rücktritt Frühling 2026)

- Michael Künzle, Stadtpräsident, Winterthur, Mitte (Rücktritt Frühling 2026)
- Thierry Steiert, Stadtpräsident, Freiburg, SP (Rücktritt Frühling 2026)
- Philipp Kutter, Nationalrat, Stadtpräsident, Wädenswil, Mitte (Rücktritt Stadtpräsident Frühling 2026)
- Raphael Lanz, Stadtpräsident, Thun, SVP (Wahl zum Regierungsrat Frühling 2026, Rücktritt Stadtpräsident Frühsommer 2026)

Der Vorstand schlägt der Generalversammlung daher fünf neue Vorstandsmitglieder vor. Die übrigen Vorstandsmitglieder stellen sich weiterhin zur Verfügung. Die nächsten Gesamterneuerungswahlen stehen im Jahr 2028 an.

Gemäss Art. 19 Abs. 1 der Statuten ist bei Vorstandswahlen die Mitgliederstruktur des Verbandes angemessen zu berücksichtigen. Traditionellerweise sind die sechs grössten Mitglieder (Zürich, Genf, Basel, Lausanne, Bern, Winterthur) permanent im Städteverband vertreten. D.h. die im Frühjahr 2026 gewählten Präsidien von Zürich und Winterthur werden in den Vorstand nachrücken. Zur Wahl vorgeschlagen werden somit der Generalversammlung für die Städte Zürich und Winterthur:

- **Raphael Golta**, Stadtpräsident Zürich (434'008 EW), geb. 1975, SP, Medienökonom/Unternehmer, seit 2014 Mitglied des Zürcher Stadtrats, Vorsteher Sozialdepartement, Stadtpräsident seit 1.6.2026.
- **Stefan Fritschi**, Stadtpräsident Winterthur (115'000 EW), geb. 1972, FDP, Betriebs- und Produktionsingenieur/Projektmanager, seit 2010 Mitglied des Winterthurer Stadtrats, Vorsteher Departement Präsidiales, Stadtpräsident seit 1.7.2026.

Die Nachbesetzungen für die drei weiteren freiwerdenden Sitze erfolgen nach einer Rochade und entlang der Kriterien: Grösse der Stadt (gross, mittel, klein); Sprachregion; Parteizugehörigkeit; Geschlecht; regionale Vertretung (nach Grossregion) und Kernstadt/Agglomerationsgemeinde. Der Vorstand hat sich an seinen beiden letzten Sitzungen mit der Ausgangslage auseinandergesetzt und entlang der Kriterien mögliche Nachfolgen evaluiert und diskutiert. Folgende Stadtpräsidentinnen und folgender Stadtpräsident werden nun gemäss Vorstandsbeschluss vom 15. Juni der Generalversammlung zur Wahl in den Vorstand vorgeschlagen:

- **Glenda Gonzales Bassi**, Stadtpräsidentin Biel (55'000 EW), geb. 1968, SP; f/d, Espace Mittelland, Wirtschafts-, Politik- und Sozialwissenschaftlerin/Erwachsenenbildnerin/Bildungs- und Integrationsbeauftragte, seit 2020 Mitglied des Bieler Gemeinderats, Vorsteherin Direktion Bildung, Kultur und Sport 2021–2024, Stadtpräsidentin seit 1.1.2025.

- **Hans Martin Meuli**, Stadtpräsident, Chur (38'000 EW), geb. 1967, FDP, d, Ostschweiz, Ökonom/Wirtschaftsprüfer/Treuhänder, von 2011 bis 2023 Mitglied des Churer Gemeinderats (Fraktionspräsident FDP), Stadtpräsident und Vorsteher Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit seit 1.1.2025.
- **Barbara Thalmann**, Stadtpräsidentin, Uster (37'000 EW), geb. 1966, SP, d, Grossregion Zürich Architektin ETH, von 1998 bis 2006 Mitglied des Gemeinderats, seit 2006 Stadträtin Vorsteherin Sozialabteilung, Stadtpräsidentin seit 2018.

Mit den Wahlvorschlägen wird die bisherige Untervertretung der Ostschweiz korrigiert. Die Nordwestschweiz bleibt mit dem Präsidium leicht übervertreten. Die politische Zusammensetzung bleibt insgesamt ausgewogen, auch wenn nicht mehr alle Parteien im Vorstand vertreten sind. Mit den Vertreterinnen aus Uster und Biel bleibt der Frauenanteil paritätisch. Die Verteilung nach Stadtgrösse sowie zwischen Kernstädten und Agglomerationsgemeinden bleibt unverändert.

- **Bestimmung des Tagungsortes 2027**
Beantragtes Stimmverhalten Winterthur: Zustimmung

Als Tagungsort für das Jahr 2027 werden Neuenburg und La Chaux-de-Fonds beantragt.

4. Publikation und Öffentlichkeitsarbeit

Um der Generalversammlung vom 27. August 2026 nicht vorzugreifen, wird der vorliegende Beschluss erst am Tag danach veröffentlicht. Die Öffentlichkeitsarbeit zur Veranstaltung erfolgt durch den SSV.

Beilagen:

1. Traktandenliste mit Anträgen
2. Geschäftsbericht SSV 2025
3. Ersatzwahlen Vorstand Schweizerischer Städteverband
4. Protokoll GV 2025